

Möhlin lässt Schulstandort fallen

Oberstufe Statt mit einem Standort Wegenstetten plant Möhlin einen Neubau - die Talgemeinden sind enttäuscht

VON NADINE BÖNI

Noch im Oktober hatte alles so gut ausgesehen. Nach monatelangen Diskussionen um den Oberstufen-Standort Wegenstetten (siehe Kontext) schienen sich die Gemeinden im Tal geeinigt zu haben: «Der Gemeinderat hat entschieden, dass Möhlin gemeinsam mit den Gemeinden des Möhlintals den Schulstandort Wegenstetten entwickelt», sagte damals Fredy Böni, Gemeindeamman von Möhlin. Zu klären seien nur noch die Details. «Wir sind sicher, dass bald eine tragbare Lösung für die Organisation gefunden ist», sagte der Wegenstetter Ammann Willy Schmid.

Nun aber sitzen die Vertreter der Gemeinden am Mittwoch vor der Presse und erklären, warum es doch nicht so kommt. Sie tun das an zwei separaten Pressekonferenzen - einer in Wegenstetten mit den Talgemeinden, einer in Möhlin. Es ist ein Zeichen dafür, wie belastet das Verhältnis in der Thematik derzeit ist. «Wir sind vor den Kopf gestossen und enttäuscht», sagt Kathrin Hasler, Ammann von Hellikon.

8,5 Millionen für Bau

Der Grund für die emotionale Reaktion: Möhlin verzichtet nun doch auf die künftige Führung eines Sekundar- und Realschulstandorts in Wegenstetten. Stattdessen ist beim Schulhaus Steinli ein Ergänzungsbau geplant. Dort sollen ab Schuljahr 2021/22 alle Oberstufenschüler des Möhlintals Platz haben. Die Gemeinde geht von Baukosten um die 8,5 Millionen Franken aus. 2019 soll der Gemeindeversammlung ein entsprechender Kredit vorgelegt werden. Das Oberstufenschulhaus in Wegenstetten soll nur noch während einer Übergangsfrist genutzt werden.

Am vergangenen Freitag teilte der Möhliner Gemeinderat den Kollegen aus dem Tal die Entscheidung mit. Diese fielen aus allen Wolken - hatten sie sich doch auf einem guten Weg gewähnt, den Standort Wegenstetten erhalten zu können. Nach der Kündigung

des Kreisschulvertrags hätten die Gemeinden gemeinsam eine Lösung angestrebt, sagt Willy Schmid. Mit einem Infrastrukturvertrag sollte das Wegenstetter Schulhaus gemietet und als Standort der Schule Möhlin genutzt werden. Nur: «Abklärungen beim Rechtsdienst des Kantons haben ergeben, dass dies nicht möglich ist. Nach geltendem Schulgesetz wird nur eine vertragliche Lösung über einen Kreisschulvertrag oder -verband erlaubt», sagt Böni. Dies wiederum sei für Möhlin keine Option.

Drei Argumente für Lösung

Hingegen sprächen mehrere Gründe für die neue Lösung. Zum einen ist da die Primarschule. «Hier besteht ein akutes Raumproblem», sagt Böni. Mit dem Neubau könnte dieses gelöst werden: Wenn alle Oberstufenschüler ins «Steinli» gehen, kann das Bezirksschulhaus als Primarschulhaus genutzt werden. Zum anderen sprächen auch pädagogische Gründe - Stichworte durchlässige Stufenstruktur oder optimales Fächerangebot - für einen zentralen Oberstufenstandort.

Und nicht zuletzt nennt Böni wirtschaftliche Gründe. Der bisherige Kreisschulvertrag schrieb vor, dass Möhlin so viele Schüler nach Wegenstetten schickt, dass dort sechs Abteilungen geführt werden können. Die Zahl dieser Schüler ist in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen - auf aktuell 66. Damit kommen mehr als die Hälfte der Schüler aus Möhlin, das im aktuellen Schuljahr ausserdem über 450 000 Franken Schulgeld dafür zahlt. Gleichzeitig hätte die Anzahl Schüler, die aus dem Tal nach Möhlin kommen, deutlich abgenommen, so Böni. Eine Entwicklung, der man nicht länger tatenlos zusehen möchte. «Wir müssen jetzt für uns schauen», sagt Böni.

Talgemeinden geben nicht auf

Willy Schmid schüttelt darob den Kopf. Er und seine Kollegen aus dem Tal fragen sich, wie es in Möhlin zur plötzlichen Kehrtwende kommen



Gute Miene zu düsteren Aussichten: Schulleiter Patrick Geiger sowie die Gemeindeammänner Willy Schmid, Kathrin Hasler, Daniel Hollinger und Gisela Taufer (v.l.) wollen für den Standort Wegenstetten kämpfen.

NADINE BÖNI

konnte. «Die Fakten waren ja vorher schon bekannt.» Nichtsdestotrotz wollen die Talgemeinden kämpfen. «Wir sind in einer schwierigen Situation. Aber wir wollen den Oberstufenstandort nicht aufgeben», sagt Hasler.

Die Verantwortlichen werden mit Schulpflegen, Lehrpersonen und Kanton die Alternativen prüfen. Wie diese aussehen könnten, darüber wollten sie am Mittwoch noch keine Angaben machen. «Wir erwarten allerdings, dass Möhlin uns genügend Zeit einräumt, eine Lösung zu finden», sagt Hasler. Dies auch, was die Übergangsfrist angeht. Die Idee unterstützen die Gemeinden zwar, aber: «Wir werden uns nicht auf Zusatzbedingungen einlassen.»

CHRONOLOGIE

So lief der Knatsch um den Schulstandort

Seit 2012 regelt der Schulkreisvertrag, dass Möhlin Schüler nach Wegenstetten schickt, damit dort die Mindestanzahl von sechs Abteilungen erfüllt wird. 2016 dachte der Gemeinderat Möhlin erstmals öffentlich über eine Kündigung und einen Neubau in Möhlin nach. Letzterer wurde aus Kostengründen zwar wieder verworfen. An der «Gmeind» im Juni 2017 aber beantragte der Gemeinderat die Kündigung des Vertrags - um sich Handlungsfreiheit zu verschaffen, wie es hiess. Bei den Talgemeinden Zeiningen, Zuzgen, Hellikon und Wegenstetten kam

dies nicht gut an, sowohl in den Gemeinderäten als auch bei den Schulpflegen. Sie hielten am Standort Wegenstetten fest, dachten gar daran, ihre Schüler künftig nach Rheinfelden zu schicken. Entsprechend gross war im Herbst 2017 dann die Erleichterung, als Möhlin beschloss, Wegenstetten als Aussenstandort mit Sek- und Realschülern weiterzuführen. Die Talgemeinden beteiligten sich an den Arbeitsgruppen, welche die Details klären sollten. Seit Januar stockten diese Abklärungen allerdings. Nun ist der Entscheid gefallen. (NBO)

«Blueme Kari» macht die Post

Mettauertal Die Post bleibt im Dorf: Eine Postagentur wird bei «Blueme Kari» eingerichtet. Eine Lösung für die leerstehende Postliegenschaft im Zentrum wird gesucht.

VON HORATIO GOLLIN

Die Pläne für eine Lösung waren schon weit gediehen, seit die Post der Gemeinde angekündigt hatte, die Poststelle schliessen zu wollen. Gemeindepräsident Peter Weber führte aus, dass besonders im Jahr 2017 die Suche nach einem Nachfolger für die gemeindeeigene Liegenschaft erfolgte, da der Gemeinderat die Postagentur im Ort behalten wollte. Da es im Mettauertal auch keinen Café-Betrieb mehr gebe, schien die Verbindung der beiden Geschäftszweige in den zentral gelegenen Räumen zielführend. Im August 2017 hatte Patrick Bacher, der in Laufenburg das «Kafi Mokka» betreibt, Interesse als Betreiber bekundet. Im Februar waren noch eine zustimmende Stockwerkeigentümerversammlung durchgeführt und der Mietvertrag entworfen worden. Doch kurz vor Vertragsabschluss zog sich Bacher zurück.

Der Rückzug habe wirtschaftliche Gründe. Zwischenzeitlich hatte Bacher sich als alternativen Standort für den Café-Betrieb mit Postagentur den ehemaligen Kindergarten angeschaut. Auch die Drohung aus der Bevölkerung, das Geschäft von Bacher zu boykottieren, habe zum Rückzug geführt, erklärte Weber. «Da hiess es bei uns Ende April: Zurück auf Feld 1», so der Ge-



Die neue Postagentur soll bei «Blueme Kari» in Mettau eingerichtet werden. HGR

meindepräsident. Weber war umso erfreuter an der Info-Veranstaltung den rund 50 Anwesenden mit dem Geschäft Blueme Kari, eine neue Lösung für die Postagentur präsentieren zu können. «Blueme Kari» böte in guter Lage an der Hauptstrasse lange Öffnungszeiten und gut gelegene Parkplätze. Weber rechnete mit dem Start der Postagentur im August oder September.

Wer hat den Mut für ein Café?

«Wir haben immer noch die zwei Gebäude. Was machen wir damit?», wandte sich Weber an die Versammlung. Am Kindergarten werde kurzfristig nichts gemacht, aber für die Poststelle mochte sich Weber noch nicht von der Café-Idee lösen und führte aus, dass, «wenn einer den Mut hätte, es zu probieren», die Gemeinde die Räumlichkeiten auch sanft renovieren könnte. Für die Sanierung und Umbau der Poststelle für den Café-Betrieb Bachers

wären Kosten in Höhe von 300 000 bis 400 000 Franken angefallen. Der Gemeinderat sei aber auch für andere Ideen offen, erklärte Weber und bat um Anregungen aus der Bevölkerung.

Ein Anwesender kritisierte, dass er von Anfang an gegen die Café-Idee gewesen sei, da der Betreiber nicht an den Kosten für den Umbau beteiligt gewesen wäre. Weber hielt dagegen, dass man bei einer Kostenbeteiligung nie einen Betreiber gefunden hätte und der Betreiber eigene Investitionen etwa für die Einrichtung hätte machen müssen. Der Votant schlug vor, dass die Liegenschaft an örtliches Gewerbe vermietet oder verkauft werden sollte. Auch andere stimmten ein und schlugen den Verkauf der nicht sanierten Liegenschaft vor. Weber erklärte, dass das derzeit eine Möglichkeit sei. Dass im «Blueme Kari» die Postagentur eingerichtet wird, stiess auf eine positive Resonanz.

Poststrasse wird breiter

Bözen Für über 1,4 Millionen Franken wird die Poststrasse neu erstellt. Dabei werden auch die 50-jährigen Wasserleitungen erneuert.

Der gerade Poststrassenabschnitt zwischen Kantons- und Heugstrasse soll umfassend instandgestellt werden. Ein Bauprojekt für die Erstellung der Poststrasse sowie der Beitragsplan liegen bis Freitag, 1. Juni, in der Gemeindekanzlei öffentlich auf.

Auf dem Abschnitt von der Hauptstrasse bis zur Einmündung der Bühstrasse wurde die Poststrasse zwar bereits auf 6,5 Meter Breite ausgebaut, der Belag ist allerdings weitgehend gerissen. Der restliche viel längere Abschnitt, wurde noch nicht als konforme Erschliessungsstrasse erstellt. Laut dem technischen Bericht weist die vorhandene Schmutzwasserleitung zwar hydraulisch eine ausreichende Kapazität, aber punktuelle Schäden auf. Stark verkalkt ist die vorhandene Sauberwasserleitung. Zudem verfügt sie über eine zu geringe Kapazität. Über 50 Jahre alt ist die bestehende Wasserversorgung und musste schon mehrmals repariert werden.

Landerwerb ist beidseitig nötig

Im November hiess die Gemeindeversammlung einen Projektierungskredit über 85 000 Franken für die Ausarbeitung eines Bauprojekts für die Erstellung der Poststrasse mit Instandstellung der Werkleitungen gut. Der Gemeinderat Bözen beauftragte daraufhin das Ingenieurbüro Koch und Partner mit der Projekterarbeitung.



Die Poststrasse wurde oft repariert. CM

Vorgesehen ist, auf dem 75 Meter langen Abschnitt den Belag zu erneuern und die Randabschlüsse punktuell zu reparieren. Diese Kosten sind von der Gemeinde zu tragen. Auf dem zweiten, 300 Meter langen Abschnitt ist ein einheitlicher Strassenausbau auf 5 Meter Breite geplant. Dazu ist beidseitig Landerwerb erforderlich. Zur Verteilung dieser Baukosten von 470 000 Franken wurde ein Beitragsplan erstellt. Die Gemeinde trägt 70 Prozent der Kosten, 30 Prozent gehen zulasten der Grundeigentümer.

Vor Beginn der Bauarbeiten sind im Bereich Entwässerung sämtliche betroffenen Hausanschlussleitungen zu spülen und mit Kanal-TV aufzunehmen. Die betroffenen Anwohner müssen sich an den Kosten beteiligen. Der gesamte Baukredit von 1,44 Millionen Franken wird der Gemeindeversammlung vom 22. Juni beantragt. (CM)